



Landeshauptstadt
Düsseldorf

Düsseldorf auf dem richtigen Kurs – dynamisch, sympathisch, sozial

Rede von
Oberbürgermeister Thomas Geisel
zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2017
in der Ratssitzung am 15. September 2016

— Es gilt das gesprochene Wort —
Sperrfrist: Ende der Rede

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

dies ist der dritte Haushaltsplanentwurf, den ich seit meiner Amtsübernahme vor gut zwei Jahren dem Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf zur Beratung vorlege. Dies gibt mir Gelegenheit, eine erste, naturgemäß vorläufige, Zwischenbilanz zu ziehen. Wenn ich diese Bilanz in einem Satz zusammenfassen soll, würde ich sagen: wir haben Düsseldorf – in vielen Fällen gemeinsam, manchmal auch gegen Widerstände – wieder auf Kurs gebracht und ich bin überzeugt, auf den richtigen Kurs.

Wir investieren in das Wachstum und den sozialen Zusammenhalt unserer Stadt. Wir schaffen die Voraussetzungen, dass Düsseldorf eine Großstadt für alle mit hoher Lebensqualität und Attraktivität bleibt. Wir sorgen dafür, dass Düsseldorf als Wirtschaftsmetropole prosperiert und zugleich seiner sozialen Verantwortung für alle Bürgerinnen und Bürger gerecht wird. Eine Stadt in der man gerne lebt und in der alle leben können.

In den zurückliegenden zwei Jahren haben wir eine ganze Reihe von Projekten vorangebracht, auf die die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt lange warten mussten, und die im Jahr 2017 endlich sichtbar umgesetzt werden. Lassen Sie mich einige Beispiele nennen:

Auf die Verlängerung der Straßenbahnlinie 701 zum ISS Dome haben nicht nur die Fans der DEG seit über zehn Jahren gewartet. Mittlerweile haben die Bauarbeiten begonnen und wenn alles nach Plan verläuft, verkehren die ersten Straßenbahnen noch im Laufe des nächsten Jahres auf der Theodorstraße. Das ist nicht nur gut für die Fans der DEG, sondern auch für die Erschließung des Gewerbegebietes, mit dem wir ebenfalls in diesem Jahr einen großen Schritt vorangekommen sind.

Auch der Bau des Skater-Parks in Eller – ein Plan, der noch in die Amtszeit von Joachim Erwin zurückreicht – drohte biblische Zeiträume in Anspruch zu nehmen. Mittlerweile sind alle Hindernisse für den Baubeginn ausgeräumt und die Skater in Düsseldorf und Umgebung können sich schon im kommenden Jahr auf eine der modernsten und größten Anlagen dieser Art in Deutschland freuen.

Die ebenfalls scheinbar unendliche Geschichte des Neubaus der Albrecht Dürer Schule werden wir im Jahr 2017 zum Abschluss bringen können. Mit dem Schuljahr 2018/2019 kann dieses allen pädagogischen Ansprüchen genügende und auch städtebaulich, wie ich finde, hochattraktive Berufskolleg seinen Betrieb aufnehmen. Endlich!

Schließlich wird auch die Umsetzung des Bäderkonzepts – ebenfalls ein Thema, das schon bald zehn Jahre auf der Tagesordnung ist – im kommenden Jahr konkret Gestalt annehmen: wir werden mit dem Bau des neuen Bades im Stadtbezirk 4 am neuen Standort beginnen. Für die Kombibäder in Benrath und am Flinger Broich – also

das Allwetterbad –, werden wir, wie versprochen, die Ausführungs- und Finanzierungsbeschlüsse in den Rat einbringen.

Der dringlichste Handlungsbedarf aber bestand und besteht im Bereich der Schulen. Hier hatte sich in den vergangenen Jahren ein gigantischer Investitionsstau aufgebaut. Mit den mittlerweile vier Paketen zu schulorganisatorischen Maßnahmen, die der Rat einmütig seit 2014 beschlossen hat, entstehen im Grundschulbereich 146 und im Bereich der weiterführenden Schule insgesamt 284 neue Schulräume, die angesichts der wachsenden Schülerzahlen dringend benötigt werden.

Eine ganze Reihe dieser Maßnahmen werden im Laufe des Jahres 2017 realisiert, insbesondere auch dort, wo Eltern und Schülerinnen und Schüler schon lange darauf warten mussten und immer wieder getröstet wurden. So stehen beispielsweise die Räumlichkeiten für die Übermittagsbetreuung am Cecilien-Gymnasium, die Räume für den Ganztags am Gymnasium in der Koblenzer Straße und der Ersatz- und Erweiterungsbau am Heinrich Hertz Berufskolleg auf dem Programm.

Parallel dazu werden wir selbstverständlich den Masterplan Schulen, also die Sanierung der bestehenden Einrichtungen, mit einem Volumen von jährlich 30 Millionen € konsequent fortführen.

Investitionen in Schulen, Investitionen in Bäder, Investitionen in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, Investitionen in Jugendfreizeiteinrichtungen und -Sportanlagen – das alles sind keine Leuchtturmprojekte, mit denen sich Politiker Denkmäler setzen können. Nein, es sind allesamt Einrichtungen der Daseinsvorsorge im weiteren Sinne, die allen Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, also in den Stadtteilen, unmittelbar zugutekommen. Sie erhöhen die Lebensqualität und Attraktivität der Quartiere nachhaltig. Genau dies ist es, was die Bürgerinnen und Bürger zu Recht von Rat und Verwaltung erwarten: Eine Stadt, in der man sich wohlfühlt – überall.

Gerade die Entscheidung, das ehemalige Krupp-Kaltwalzwerkgelände zum Standort der Albrecht-Dürer-Schule zu machen, sollte natürlich auch als ein klares Signal für die weitere Entwicklung des Düsseldorfer Südens verstanden werden. Das hat offenbar geklappt! Auch die Bahn hat die Botschaft verstanden und plant nunmehr den RRX mit einem Halt in Benrath. Ich möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich auch den beiden Vertretern Düsseldorfs im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestags, Herrn Rimkus und Herrn Jarzombek, danken, die in dieser Angelegenheit sehr behilflich waren.

Der RRX-Halt in Benrath lenkt auch die Pendlerströme auf die Bahn - Pendler, die sonst mit dem Auto kommen würden. Damit passt er hervorragend zu unserer Verkehrsstrategie, die das Ziel hat den sogenannten modal-split zugunsten der umweltfreundlichen Verkehrsträger Bahn, Bus und Fahrrad zu verändern. Hier geschieht viel. Lassen Sie mich nur die wichtigsten Punkte kurz benennen:

Nach neun Jahren Bauzeit ist die Wehrhahn-Linie im Februar dieses Jahres in Betrieb genommen worden. Das ist ein wichtiger Nervenstrang in unserem innerstädtischen Verkehrsnetz, der uns deutliche und steigende Entlastungen auf der Straße bringt.

Die Planungen auf der Friedrichstraße und der kürzlich ermittelte Siegerentwurf für die Schadowstraße versprechen zusätzliche Attraktivität auf den freigewordenen Flächen. Ich freue mich, wenn wir dann endlich auch den Corneliusplatz wieder hergerichtet haben. Beim Kö-Bogen wird das leider noch etwas dauern.

Die Verlängerung der Schienenstrecke für die Straßenbahnlinie 701 und die Stadtbahnlinie U71 hatte ich schon erwähnt.

Das nächste große ÖPNV-Infrastrukturprojekt ist die U 81 als Verbindung vom Hauptbahnhof zum Flughafen. Den Planfeststellungsbeschluss erwarten wir Mitte 2017. Der Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss wird den Gremien im Mai/Juni 2017 zur Entscheidung vorgelegt. Sinn macht diese Maßnahme aber nur dann wirklich, wenn auch die Anbindung ins Linksrheinische erfolgt. Die Planungen hierfür sind im Gange.

In diesem Zusammenhang begrüße ich ausdrücklich die strategischen Planungen der Rheinbahn, die durch bessere Qualität, also Sauberkeit und Zuverlässigkeit und ein besseres Angebot auf Kundenwachstum, zielen. Das Unternehmen hat verstanden, worum es in einer Stadt geht, die im Verkehrsstau zu ersticken droht.

Das Verkehrsmittel mit dem dynamischsten Wachstum in Düsseldorf aber ist das Fahrrad. Mit großem Interesse und auch etwas neidisch habe ich den Artikel in der Wirtschaftswoche über die Fahrradstadt Kopenhagen gelesen. Davon sind wir noch weit entfernt, aber wir haben schon einiges auf den Weg gebracht. Der Ausbau der Radwege im geplanten Radhauptnetz kommt gut voran, z.B. auf der Friedrich-, Breite-, Kasernen- und Elisabethstraße. Eine Vorabmaßnahme, die anfangs viel kritisiert wurde, aber inzwischen gut funktioniert. Noch in 2016 soll die Radwegeverbindung auf der Ulmenstraße zwischen Spichernplatz und Münsterstraße, der Straßenzug Karlstraße/Worringerstraße und die Verbindung Franklinbrücke/Rethelstraße umgesetzt werden. Ich finde, dass kann sich sehen lassen. Die Wende in der Verkehrspolitik nimmt konkrete Formen an. Das ist gut so!

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Düsseldorf wächst– und Düsseldorf wächst schneller und dynamischer, als wir dies noch vor kurzer Zeit gedacht und geplant haben. Allein im letzten Jahr ist die Einwohnerzahl Düsseldorfs um fast 10.000 gestiegen. Natürlich haben zu diesem Zuwachs auch die Flüchtlinge beigetragen, aber der Großteil der Neubürgerinnen und

Neubürger sind eben nicht Flüchtlinge sondern Menschen, die in Düsseldorf leben wollen, etwa weil sie hier arbeiten oder ausgebildet werden.

All diese Menschen brauchen Wohnungen. Und deshalb steht das Thema Wohnungsbau nach wie vor ganz oben auf unserer kommunalpolitischen Prioritätenliste.

Immerhin: wir haben auch hier die Weichen neu gestellt und der Kurs stimmt. Während in den Jahren 2008-2013 im Schnitt nur rund 1.000 Wohnungen fertig gestellt wurden, waren es im Jahre 2014 bereits 1.600 und im Jahr 2015 1.750 Wohnungen. In diesem Jahr wurden zum Stand 31.8. bereits 1.800 Wohnungen fertig gestellt. Eine Entwicklung, die sich sehen lassen kann!

Parallel dazu sind auch die Zahlen der Baugenehmigungen und der Bebauungspläne für Wohngebiete gestiegen. In allen Stadtteilen entstehen neue Wohnungen: in Rath werden nördlich der Westfalenstraße hunderte neuer Wohnungen gebaut. In Oberbilk habe ich vor wenigen Tagen den ersten Spatenstich für die Schöffenhöfe, ein Projekt mit rund 400 Wohnungen vorgenommen. In Stadtmitte entstehen auf dem Gelände des Franziskanerklosters hunderte neuer Wohnungen in attraktiver Lage. Noch nie gab es - dies möchte ich in diesem Zusammenhang erwähnen – so viele Wohnungsbauprojekte, die ein Düsseldorfer Oberbürgermeister bei der Immobilienmesse Expo Real präsentieren kann, wie in diesem Jahr! Darauf können wir stolz sein.

Ich möchte dies zum Anlass nehmen, allen Kolleginnen und Kollegen im Bau- und Planungsdezernat, allen voran Herrn Dr. Keller, der dieses Dezernat in den letzten neun Monaten sehr erfolgreich kommissarisch geleitet hat, herzlich dafür zu danken, dass sie die ehrgeizige Zielvereinbarung 3000 Wohnungen pro Jahr angenommen und tatkräftig umgesetzt haben.

Angesichts des Bevölkerungswachstums müssen wir uns aber wahrscheinlich sogar noch ehrgeizigere Ziele setzen. Um den Preisanstieg auf dem Wohnungsmarkt zu stoppen, müssen wir der steigenden Nachfrage ein äquivalentes Angebot entgegenzusetzen und insbesondere sicherstellen, dass auch genügend bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird.

Was wir dazu beitragen können, haben wir getan.

Ich freue mich, dass wir im Einvernehmen mit der Wohnungswirtschaft das Handlungskonzept Wohnen überarbeitet haben. Dies vereinfacht das Verfahren insbesondere im Zusammenhang mit der Vereinbarung städtebauliche Verträge. Das mit dem Land vereinbarte Globalbudget für sozialen Wohnungsbau ermöglicht einen zügigen und unbürokratischen Abruf der öffentlichen Fördermittel.

Wenn wir aber unsere wohnungspolitischen Ziele erreichen wollen, kommt es entscheidend auf Schnelligkeit an. Es kann nicht sein, dass die tatsächliche Bautätigkeit

in der Regel gerade noch ein Viertel des Zeitraums beansprucht, der für die Planung und Genehmigung des Vorhabens benötigt wird.

Allein eine Überprüfung und Beschleunigung unserer internen Prozesse reicht dafür nicht aus. Da sind wir ohnehin dran. Es bedarf vor allem auch einer konsequenten Entrümpelung planungsrechtlicher Vorschriften. Ich bin froh, dass im Ministerium von Frau Hendricks mittlerweile Überlegungen zu einer Novellierung der so genannten Baunutzungsverordnung im Gange sind, durch die Quartiere planungsrechtlich zulässig gemacht werden, die dem großstädtischen Ideal einer engen räumlichen Verbindung von Leben, Wohnen, Arbeiten und Freizeit entsprechen.

Was heute planungsrechtlich unter dem Stichwort „gesunde Wohnverhältnisse“ vorgeschrieben ist, wozu dann beispielsweise auch der Schutz vor Lärm von Sportplätzen gehört, mag ein wirkungsvolles Beschäftigungsprogramm für Gutachter und Rechtsanwälte sein, mit der großstädtischen Wirklichkeit und den Wünschen der allermeisten Bewohner hat es herzlich wenig zu tun.

Der Reiz und die Attraktivität der Großstadt liegen in der Vielfalt der Lebensentwürfe, die hier miteinander auf engem Raum koexistieren. Warum sollte das nicht auch für unterschiedliche Grundstücksnutzungen möglich sein. So sehr ich den Abschluss der Hafenvereinbarung begrüße – auch so eine unendliche Geschichte –, so sehr hoffe ich, dass zeitnah die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, dass Wohnen im Hafen möglich ist, ohne dass die angestammten Hafenbetriebe befürchten müssen, von ihren neuen Nachbarn auf Einschränkungen der Betriebserlaubnis verklagt zu werden. In der Großstadt gilt das Prinzip der gegenseitigen Rücksichtnahme und nicht der gegenseitigen Abschottung!

Immerhin gibt es im Bereich der Flüchtlingsunterbringung schon heute Ausnahmen vom strengen Standard der so genannten „gesunden Wohnverhältnisse“. Vielleicht kann dies ja Schule machen.

Apropos Flüchtlinge - lassen Sie mich hierzu an dieser Stelle drei Bemerkungen machen:

Zuallererst möchte ich es nicht versäumen, mich ausdrücklich bei all denjenigen zu bedanken, die uns bei der Unterbringung, Betreuung und Integration der geflüchteten Menschen unterstützt haben. Auch wenn die Zahl der zugewiesenen Flüchtlinge rückläufig ist, bleibt dieses Thema eine große Herausforderung für die Kommunalpolitik und ich freue mich, dass wir auch weiterhin auf die Unterstützung derjenigen, die sich zum runden Tisch Flüchtlinge und Asyl zusammengeschlossen haben, zählen dürfen. Ich danke ausdrücklich den rund 3.800 ehrenamtlichen Helfern in der Stadt, die sich mit uns für die Geflüchteten engagieren.

Zweite Bemerkung: wir werden im laufenden Haushaltsjahr circa 160 Millionen Euro für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen ausgeben. Nach den Vereinbarungen der kommunalen Spitzenverbände mit Bund und Land werden wir von die-

sen Kosten pauschal mit 10.000 € pro aufgenommenem Flüchtling entlastet. Diese Pauschale mag auskömmlich sein in Kommunen, wo es einen erheblichen Wohnungsleerstand und moderate Lebenshaltungskosten gibt. Für wachsende Metropolen – Düsseldorf ist eine davon – trifft diese Annahme nicht zu. Ich möchte daher von dieser Stelle erneut den Appell an die Verantwortlichen richten, die pauschalen Refinanzierungssätze an die örtlichen Verhältnisse anzupassen. Mir vermag nicht einzu-leuchten, warum es das beim Wohngeld möglich ist bei der Refinanzierung von Flüchtlingskosten aber nicht.

Dritte Bemerkung: wir haben in den zurückliegenden Monaten gemeinsam große Anstrengungen unternommen, um die vielen Menschen, die in Düsseldorf Zuflucht gefunden haben, menschenwürdig unterzubringen. Da es keine leer stehenden Wohnungen in Düsseldorf gibt, mussten wir uns mit Provisorien behelfen. Angesichts der Dringlichkeit und Dimension der Herausforderung, war dies gar nicht anders möglich. Jetzt aber gilt es – und ich denke, darüber besteht in diesem Hause Einvernehmen –, den Hebel umzulegen. Wir müssen vom Krisenmodus mit Provisorien auf den geregelten Wohnungsbaumodus umschalten. Es kann nicht sein, dass mittlerweile bald 2.000 Menschen mit Aufenthaltsrecht nach wie vor in der kommunalen Unterbringung leben, weil keine Wohnungen für sie zur Verfügung stehen. Es macht auf Dauer in Düsseldorf auch keinen Sinn, notorisch knappe Flächen mit eingeschossigen Trag-lufthallen, Containern und Behelfsbauten vollzustellen, wenn an derselben Stelle mehrgeschossiger Wohnungsbau entstehen könnte.

Wir müssen diese Flächen nutzen, um genügend Wohnraum für alle Menschen - nicht nur für Flüchtlinge - die in unserer Stadt wohnen wollen, zu schaffen.

Genügend Wohnraum ist das eine – aber er muss auch bezahlbar sein!

Auch hier haben wir das getan, was von uns beeinflusst werden kann. Die Vereinfachung des Handlungskonzeptes Wohnen, das nunmehr von jedem Investor einen Anteil von 20-30 % öffentlich geförderte Wohnungen verlangt, habe ich bereits erwähnt.

Mit der Novellierung der Stellplatzsatzung tragen wir dem Trend Rechnung, dass immer mehr Bewohner insbesondere der Innenstadt auf das Auto verzichten, und vermeiden so überflüssige und baukostentreibende Tiefgaragenplätze.

Aber auch hier muss die Frage erlaubt sein, ob die ständig steigende Regelungs-dichte im Hinblick auf bauliche Standards nicht auch einmal auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden sollte. So muss die Frage zulässig sein, ob der Nutzen aus einer weiteren Verschärfung der Energieeinsparverordnung wirklich noch in einem vernünftigen Verhältnis zu den hierdurch gestiegenen Baukosten steht, einmal ganz abgesehen davon, dass durch jede weitere Gebäudedämmung der Anschluss an die Fernwärme unrentabler wird und dem Klimaschutz damit letztlich ein Bärendienst erwiesen wird.

Ich frage mich: Wieso liegen die Baukosten in den Niederlanden deutlich niedriger als bei uns. Noch erstaunlicher finde ich, dass sich in Mönchengladbach Wohnungsneubau offenbar rechnet mit erzielbaren Mieten in der Größenordnung von acht Euro, während dieselben Baufirmen in Düsseldorf offenbar Baukosten produzieren, die eine Vermietung unter zwölf Euro kaum mehr rentabel erscheinen lassen. Nur an den Grundstückskosten kann das wohl nicht liegen. Da dürften auch höhere Renditeerwartungen eine Rolle spielen.

Das widerspricht aber deutlich unseren stadtpolitischen Zielvorstellungen. Düsseldorf soll eine Stadt bleiben, in der auch die wohnen können, die nur über ein geringes oder ein mittleres Einkommen verfügen. Wir wollen keine mittelalterlichen Verhältnisse, wo die Reichen in der Stadt und die Armen vor den Stadtmauern gelebt haben.

Das ist Teil unserer sozialen Verantwortung, der wir auch auf anderen Feldern in vielerlei Weise nachkommen. Mit unserem Angebot an Kindertages- und Jugendfreizeiteinrichtungen, der breiten Förderung von Sportvereinen, dem Angebot im Ganztage - die Versorgungsquote bleibt mindestens bei 63 % - sorgen wir schon früh für Chancengleichheit und Teilhabe. „Kein Kind zurücklassen“ gilt auch und gerade in Düsseldorf. Dafür gibt es passgenaue Angebote in den Stadtteilen. Das präventive Modellprojekt, das zunächst in drei Stadtteilen startete, wird sukzessive auf weitere Stadtteile erweitert.

Aber das ist nur ein kleiner Teil der Angebote, die wir gemeinsam mit den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege für alle Altersgruppen bedarfsgerecht bereitstellen. So zum Beispiel auch für Langzeitarbeitslose. Im Mai haben wir vier sogenannte „i-Punkte Arbeit“ eröffnet als Anlaufstelle für Langzeitarbeitslose und Arbeitgeber. Die Standorte der redatec GmbH und des Caritas-Verbandes werden zu 100 % kommunal finanziert, die der Zukunftswerksatz und der AWO zu 90 % durch Bundesmittel.

Das sind nur ein paar Beispiele, die belegen: Düsseldorf ist nicht nur eine lebenswerte sondern auch eine soziale Stadt, in der jeder eine Chance erhält und niemand auf der Strecke bleibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

als Wirtschaftsmetropole bleibt Düsseldorf auf Erfolgskurs. Zahlreiche Unternehmen haben sich auch im letzten Jahr wieder in der Landeshauptstadt angesiedelt. Ich freue mich besonders darüber, dass es uns – auch angesichts eines immer schärferen internationalen Standortwettbewerbs – gelungen ist, wirtschaftliche Schwergewichte wie das Handelsblatt, Trivago, HSBC und L'Oreal nicht nur in Düsseldorf zu halten, sondern dass diese Unternehmen hier auch in erheblichem Umfang investieren. Wir sind und bleiben in Deutschland die attraktivste Destination für ausländische Direktinvestitionen.

Ich bin zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, auch diejenigen Unternehmen von den Qualitäten Düsseldorfs zu überzeugen, die sich gegenwärtig vor dem Hintergrund des Brexits mit Abwanderungsgedanken aus Großbritannien beschäftigen. Die Veranstaltung, die gestern an dieser Stelle stattgefunden hat, gibt mir insofern Recht. Über 120 Teilnehmer konnten wir von den Vorteilen des Wirtschafts- und Investitionsstandortes Düsseldorf überzeugen.

Wenn man die Wirtschaftsgeschichte unserer Stadt Revue passieren lässt, stellt man fest, dass das Erfolgsrezept Düsseldorfs immer darin bestand, sich eben nicht auf den Lorbeeren des wirtschaftlichen Erfolges auszuruhen, sondern konsequent neue Entwicklungen aufzugreifen und sich an deren Spitze zu setzen, ohne das Erreichte zu vernachlässigen oder gar aufs Spiel zu setzen.

Dies ist der Hintergrund für unsere Kampagne, Düsseldorf als start-up Hub zu profilieren, die in den zurückliegenden zwei Jahren sehr erfolgreich angelaufen ist. Wer im April Veranstaltungen unserer start-up Woche besucht hat oder etwa in der letzten Woche bei der Grundsteinlegung von Trivago und der Öffnung des European Headquarters von Wacom dabei war, der hat gespürt, welches Momentum diese Kampagne hat und wie attraktiv Düsseldorf gerade für moderne innovative und kreative Unternehmen ist.

Mit der Gründung des Startplatzes und der Ansiedlung von Trivago haben wir auch ein neues Kapitel in der Entwicklung des Düsseldorfer Hafens aufgeschlagen. Wie kaum ein anderer Standort in Düsseldorf bietet der Hafen alle Voraussetzungen, um dort das Ökosystem zu schaffen, in dem sich start-ups miteinander entwickeln und mit Kapitalgebern, strategischen Partnern und Hochschulen vernetzen können.

Aber – wie gesagt – auf das Neue setzen darf nicht heißen, den Bestand zu vernachlässigen.

Dies gilt insbesondere für den Industriestandort im Düsseldorfer Süden. Mit der Gründung der Projektgesellschaft für den Reisholzer Hafen haben wir den organisatorischen Rahmen geschaffen, um nun in die konkrete Planung einzutreten, in welcher Art und in welchem Umfang dieser Hafen ausgebaut werden muss, um den Bestand und die Entwicklungsfähigkeit des Industriestandorts im Düsseldorfer Süden zu sichern und einen ressourcenschonenden und umweltfreundlichen Gütertransport mit Vorrang für Wasserstraße und Schiene zu gewährleisten.

Ich bin auch zuversichtlich, dass es uns gelingen wird eine einvernehmliche Lösung für den Ausbau der Unterführung an der Bamberger Straße zu finden, um den Zugang zum Reisholzer Hafen für die Unternehmen Terex und Komatsu auch nach Beginn der Baumaßnahmen für den RRX zu sichern.

Auf der Grundlage des Masterplans Industrie werden wir dafür sorgen, dass auch zukünftig Flächen für die industrielle und gewerbliche Entwicklung zur Verfügung stehen.

Den Bereich des Hafens werden wir, wie bereits erwähnt, zu einem lebendigen Quartier mit einem Schwerpunkt auf start-ups und digitale Wirtschaft entwickeln. Der Bebauungsplan für die Speditionsstraße West, den wir heute feststellen, ist dafür ein wichtiger Meilenstein. Ein weiterer wird mit der Entwicklung der Kesselstraße und der Entwicklung der ehemaligen Muskator-Grundstücke geschaffen.

An der Theodorstraße werden wir neben der Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel auch den bereits bestehenden Bürostandort weiter entwickeln.

Der Bürostandort am Seestern hat mit der Übernahme der ehemaligen Horten-Hauptverwaltung durch die deutsche Telekom einen neuen Impuls erhalten, der sich positiv auf den gesamten Bereich auswirken wird.

Am Standort des Großmarkts in Derendorf wird Daimler während des Umbaus der Produktionsstrecken für das neue Sprinter Modell eine größere Fläche anmieten. Wir haben dies zum Anlass genommen, gemeinsam mit den Händlern und Nachbarn über eine Neustrukturierung dieses Areals zu diskutieren. Aus meiner Sicht spricht viel dafür, den Großmarkt auf einer kleineren Fläche an dieser Stelle neu zu errichten und Teilflächen Daimler beziehungsweise Zulieferern des Werkes zur Errichtung weiterer Produktionsstätten zur Verfügung zu stellen.

Ein erhebliches Potenzial stellt das ehemalige Nirosta-Grundstück in Benrath da, auf dem die Produktion im Laufe dieses Jahres eingestellt wird. In unseren Anmerkungen zum Regionalplan haben wir angeregt, dieses Grundstück einer gemischten Nutzung mit Schwerpunkt auf Industrie und Gewerbe zuzuführen. Dies sollte zügig geschehen. Auf keinen Fall können wir es uns leisten, das Grundstück ebenso lange brach liegen zu lassen wie das ehemalige Krupp-Grundstück, auf dem nunmehr die Albrecht Dürer Schule entsteht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

mit dem Projekt Verwaltung 2020 haben wir in diesem Jahr ein Vorhaben angestoßen, das im Bereich der öffentlichen Verwaltung beispielgebend ist. Es geht, wie Sie wissen, darum, unsere Verwaltung modern, effizient, und demographiefest, vor allem aber bürgernah und kundenfreundlich aufzustellen. Uns war von Anfang an klar, dass dies nur gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in einem Prozess, der im Wesentlichen von unten nach oben verläuft, gelingen kann. Die Vielzahl der Verbesserungsvorschläge gerade aus dem Kreis der Kolleginnen und Kollegen bestätigt diese Annahme.

Ich möchte an dieser Stelle ganz herzlich allen danken, die sich in diesen Prozess eingebracht haben. Ich möchte aber auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Arbeit im täglichen Geschäft der Verwaltung danken. Ihre Motivation, ihr Einsatz

und ihre Ideen sorgen dafür, dass die Bürgerinnen und Bürgern uns als eine effiziente und dienstleistungsorientierte Verwaltung erfahren. Vielen Dank.

Diesen Dank richte ich natürlich ausdrücklich auch an die Kolleginnen und Kollegen des Verwaltungsvorstandes. Die teamorientierte und zielgerichtete Arbeit mit Ihnen macht mir immer noch viel – nein: mehr denn je! - Freude.

Zurück zu Verwaltung 2020: Für die meisten Ämter liegen mittlerweile neue überarbeitete Soll-Stellenpläne vor. Auf der Ebene der Gesamtverwaltung wird noch geprüft, ob noch weitere Synergiepotenziale bestehen.

Im Ergebnis haben wir dann den Entwurf eines Stellenplans, der die von der Verwaltung zu erbringenden Aufgaben und die hierfür erforderlichen Stellen im Rahmen einer effizienten Organisation abbildet. Soweit dies mitbestimmungspflichtige Reorganisationsmaßnahmen mit sich bringt, werden wir selbstverständlich die entsprechenden Verfahren einleiten, wobei ich darauf hinweisen möchte, dass der Personalrat im Interesse einer vertrauensvollen Zusammenarbeit bereits an den Beratungen in der Lenkungsgruppe beteiligt ist. Auch werden wir natürlich da, wo Veränderungen in der Aufgabenwahrnehmung vorgeschlagen werden, soweit erforderlich die zuständigen Fachausschüsse befassen.

Der neue Stellenplan wird dann – in der zweiten Phase des Projektes, der so genannten Migrationsphase – Grundlage für Stellenbesetzungen sowie für passgenaue Personalentwicklungsmaßnahmen. Dieses ganze Projekt wird zunächst noch nicht zu spürbaren Einsparungen führen, da – wie bei jedem Strukturprojekt- zunächst auch höhere Aufwände entstehen, z.B für Software und IT-Ausstattung. Aber ich bin sicher, dass sich in der mittelfristigen Finanzplanung schon bald die ersten Effekte wiederfinden werden.

Neben dem Stellenplan und der Personalstruktur unserer Verwaltung beschäftigen wir uns auch mit den Verwaltungsstandorten. Wir bleiben bei dem Plan, die wesentlichen Funktionen der Verwaltung an drei Standorten zu konzentrieren. Ein Standort ist natürlich die Altstadt mit dem Rathaus und der alten Kämmerei. Wir werden auf der Grundlage der in der letzten Ratssitzung getroffenen Beschlüsse noch im Verlauf des Jahres 2017 mit der überfälligen Sanierung des Gebäudes Marktplatz 5 beginnen. Ob diese Sanierung im Rahmen eines Investorenmodells oder in Eigenregie erfolgen wird, werden wir im Lichte des Ergebnisses der Ausschreibung entscheiden.

Ebenfalls in der letzten Ratssitzung haben wir entschieden, eine Untersuchung durchzuführen ob und gegebenenfalls wie die Gebäude Auf dem Hennekamp, in denen die technischen Verwaltungsfunktionen gegenwärtig konzentriert sind, saniert werden können, oder ob ein Neubau an einem anderen Standort die wirtschaftlich sinnvollere Alternative ist. Auch hier werden wir zeitnah Vorschläge unterbreiten, sobald das Ergebnis der Untersuchung vorliegt.

Das Projekt Konrad Adenauer Platz 1 werden wir voraussichtlich noch in der November-sitzung des Rates zur endgültigen Entscheidung vorlegen. Hier am dritten Standort rund um den Hauptbahnhof ist beabsichtigt, das um die Schulbaufunktion erweiterte Schulverwaltungsamt, die Zentralbibliothek, die Erweiterung des Stadtarchivs sowie weitere städtische Einrichtungen, die zum Beispiel gegenwärtig im Wilhelm Marx Haus untergebracht sind zu konzentrieren.

Mit dem Umzug der Zentralbibliothek vom Berta-von-Suttner-Platz ergeben sich auch hier Möglichkeiten, die verschiedenen Standorte der Volkshochschule zusammen zu führen und möglicherweise auch die Kulturverwaltung an diesem Standort unterzubringen. Wir erwarten uns hier durch sowohl Kosteneinsparungen wie eine Verbesserung der Kommunikation innerhalb der Verwaltung und vor allem des Services für die Bürger – aber auch eine Aufwertung und Belebung des Umfeldes vor und hinter dem Hauptbahnhof.

Die städtebaulichen Veränderungen am Konrad-Adenauer-Platz und am Bertha-von-Suttner-Platz sind Teil eines größeren Konzeptes, durch das die gesamte Gegend rund um den Bahnhof städtebaulich aufgewertet werden soll. Neben dem bereits in der konkreten Planung befindlichen Bauvorhaben auf der Harkortstraße und dem Projekt Living Central haben wir vor, gemeinsam mit der Deutsche Bahn AG das Gebäude und den Bahnhofsvorplatz sowie die Bahnunterführungen neu zu gestalten. Ich werde mich in den nächsten Wochen mit Bahn-Chef Grube vor Ort treffen, um die Situation zu besprechen und gemeinsam Baumaßnahmen vorzubereiten.

Angesichts des ständig wachsenden Busverkehrs und der damit zusammenhängenden Verkehrsbelastungen, werden wir auch die Verlegung des Busbahnhofs angehen.

Ich bin sicher, dass diese ganzen Projekte auch zu einer Aufwertung des Worringer Platzes führen werden, die wir mit ggfs. baulichen Maßnahmen unterstützen müssen. Mit der Ansiedlung vieler hervorragender Kultureinrichtungen rund um den Worringer Platz – die neue Zentralbibliothek, das Tanzhaus NRW, das Kapitol und das Central – ist eigentlich schon eine gute Basis geschaffen.

Für die weitere Entwicklung der Kulturmetropole Düsseldorf erwarte ich im Übrigen, dass uns der Kulturentwicklungsplan, der im Frühjahr fertig gestellt sein wird, wertvolle Hinweise geben wird. Allerdings sollten wir nun nicht die Hände in den Schoß legen und die Ergebnisse abwarten, sondern durchaus auch selber weiter denken und tätig werden, etwa, was die Sanierung des Schumann-Hauses angeht oder eine Profilierung Düsseldorfs als Wiege der Fotokunst und elektronischen Musik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir bringen heute einen Haushaltsplanentwurf ein, der strukturell ausgeglichen ist. Das bedeutet, dass wir, wenn dieser Haushalt in unveränderter Form die Zustimmung des Rates findet, die Ausgleichsrücklage nicht weiter in Anspruch nehmen

müssen und Düsseldorf seine haushaltspolitische Handlungsfreiheit in vollem Umfang behält.

Ermöglicht wird der strukturelle Ausgleich des Haushaltes auch durch die geplanten Ausschüttungen unserer Beteiligungsunternehmen. Dabei haben wir uns – wie bereits in der Vergangenheit – von dem Grundsatz leiten lassen, dass sich die Dividenden-erwartung der Landeshauptstadt Düsseldorf gegenüber ihren Beteiligungsunternehmen nicht an den haushaltstechnischen Notwendigkeiten, sondern allein an der Leistungsfähigkeit dieser Unternehmen orientieren kann. Ein gegenüber früheren Planungen erhöhter Ansatz wurde lediglich dort berücksichtigt, wo die aktuellen Zahlen einen deutlichen überplanmäßigen Gewinn erwarten lassen.

Im Hinblick auf die Finanzierung der erheblichen, aber mit Blick auf das Wachstum der Stadt notwendigen Investitionen, streben wir an, den hierdurch bedingten Fehlbetrag zwischen Einnahmen und Ausgaben mit der Liquidität aus der Veräußerung von Vermögenswerten zu finanzieren. Wie Sie wissen diskutieren wir in diesem Zusammenhang über eine Veräußerung des Flughafengrundstücks an die Flughafengesellschaft beziehungsweise eine Veräußerung von Teilen unseres Kanalnetzes und der Klärwerke an den Stadtentwässerungsbetrieb. Selbstverständlich werden wir uns hierbei ausschließlich von kaufmännischen Erwägungen leiten lassen. Angesichts der komfortablen Vermögensausstattung und Finanzierungsmöglichkeiten der Landeshauptstadt Düsseldorf sind wir keineswegs ein „desperate seller“. Eine Veräußerung um jeden Preis wird es daher mit mir nicht geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ich habe es zu Beginn meiner Haushaltsrede gesagt: Düsseldorf befindet sich auf dem richtigen Kurs. Aber ich bin überzeugt, für den richtigen Kurs reicht es nicht allein aus, Versäumtes nachzuholen und alles richtig, zügig und konsequent zu tun, was man von uns erwartet und was sich die Ampel vorgenommen hat: Schulen und Kindergärten bauen, den Wohnungsbau fördern, das ÖPNV-Netz zu erweitern und die Verwaltung zu modernisieren.

Wir müssen uns fragen, ob wir nicht auch dadurch besser werden können, dass wir Neues wagen und eingefahrene Pfade verlassen. Die Digitalisierung gibt uns hierzu Anlass und Chance.

Ich freue mich, dass unsere Bewerbung um den Hub digitale Wirtschaft Nordrhein-Westfalen erfolgreich war. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang herzlich bei allen bedanken, die dazu beigetragen haben, insbesondere auch bei unseren Partnern aus der Wirtschaft.

Die Funktion als digitaler Hub ist aus meiner Sicht auch eine hervorragende Ausgangslage für ein Projekt, das ich dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung in seiner

nächsten Sitzung präsentieren möchte: Düsseldorf soll zu einer – wie man es neu-deutsch nennt – „Smart City“ werden. Wir wollen die digitalen Technologien nutzen, um unser Stadt effizienter und lebenswerter zu machen. Diese Entwicklung wollen wir mit drei Pilotprojekten vorantreiben.

Wir fangen bei uns selber an: unter dem Stichwort „Smart Services“ wollen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, unsere Dienstleistungen noch kundenfreundlicher anzubieten und zugleich bei den verwaltungsinternen Vorgängen Schnittstellen und Zeitfresser abzubauen. Konkret bedeutet dies, dass wir möglichst viele Verwaltungsservices online anbieten wollen. Unter dem Schlagwort elektronische Akte findet dieser digitale Zugang seine Fortsetzung innerhalb der Verwaltung. Wir werden eine ganze Reihe von Vorgängen wesentlich einfacher und ressourcenschonender gestalten, als dies gegenwärtig der Fall ist. Perspektivisch können wir durch diese Maßnahmen die Effizienz der Verwaltung deutlich erhöhen.

Auch im Bereich der Verkehrspolitik öffnet die Digitalisierung neue Perspektiven. „Smart mobility“ ist das Stichwort. Dass Düsseldorf insofern schon heute als Innovationstreiber angesehen wird, belegt der Umstand, dass das Bundesverkehrsministerium Düsseldorf für ein Pilotprojekt zum Thema autonomes Fahren bestimmt hat. Die Landesregierung hat entschieden, das Pilotprojekt zum Thema vernetzte Mobilität in Düsseldorf durchzuführen.

Gerade das Thema vernetzte Mobilität bietet große Chancen für unsere Stadt und ich finde es sehr gut und richtig, dass unsere Stadtwerke und die Rheinbahn dieses Thema aufgegriffen und zu einem wesentlichen Feld ihrer weiteren strategischen Entwicklung erklärt haben. Ziel muss es sein, die unterschiedlichen Verkehrsmittel – Bahn, Bus, Fahrrad, Car-Sharing – so miteinander zu vernetzen, dass sich die Menschen so zügig und umweltfreundlich wie möglich von A nach B bewegen können.

Um das Angebot attraktiv zu machen, muss es niedrigschwellig sein, was maßgeblich auch davon abhängt, dass es für alle Verkehrsmittel eine einheitliche Zahlfunktion gibt, auf deren Grundlage transparent und nach dem jeweils günstigsten Tarif abgerechnet wird. Moderne digitale Technik macht das heute ohne weiteres möglich.

Ein drittes Smart City Projekt steht unter der Überschrift „Smart Living“. Hier geht es z.B. darum, durch den Einsatz digitaler Technik älteren Menschen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes und sicheres Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Ein Pilotprojekt in dieser Richtung wäre beispielsweise im Zusammenhang mit der Umsetzung von Garath 2.0 vorstellbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Düsseldorf ist eine Stadt, die sich jetzt auf dem richtigen Kurs befindet und sich positiv entwickelt. Das spürt man. Nicht nur in Düsseldorf. Beim NRW Fest haben wir

Landesparlament und Landesregierung, vor allem aber den vielen Hunderttausend Besuchern aus ganz Nordrhein-Westfalen gezeigt, wie sympathisch und gastfreundlich ihre Landeshauptstadt ist. Ich möchte dies zum Anlass nehmen, allen Kolleginnen und Kollegen aber auch den vielen freiwilligen Helfern, die zum Gelingen dieses Festes beigetragen haben, meinen herzlichen Dank auszusprechen.

Aber auch international genießt unsere Stadt hohe Wertschätzung und Sympathie. Im Gespräch mit Vertretern unserer Partnerstädte und solcher, die es gerne werden wollen, aber auch mit Vertretern des diplomatischen und konsularischen Corps spüre ich immer wieder, dass Düsseldorf als attraktive internationale Metropole, als moderner und prosperierender Wirtschaftsstandort und als Stadt von Kunst und Kultur wahrgenommen wird. Wie sagt es der neue Leiter unserer Stadt Marketing Gesellschaft so schön: das „Produkt“ Düsseldorf lässt sich kaum übertreffen. Aber bei dem Bemühen, die Kunde überall zu verbreiten, gibt es noch Luft nach oben.

Das Jahr 2017 bietet jede Menge Gelegenheit, die Welt von Düsseldorf zu begeistern. Vor allem die großen Sport Ereignisse, die Triathlon Europameisterschaften, die Tischtennis Weltmeisterschaften und der Start der Tour de France werden Millionen Besucher nach Düsseldorf führen.

Lassen Sie uns gemeinsam alles tun, dass sich unsere Gäste von der der Lebensfreude und der Liebenswürdigkeit unserer Stadt anstecken lassen und als Botschafter Düsseldorfs in ihre Heimat zurückkehren und oft wiederkommen!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.